

WIRTSCHAFTEN.

**ÖKOLOGISCH.
NACHHALTIG.
VERNÜNFTIG**

**WAHLPROGRAMM
NATIONALRATSWAHL 2019**



1

NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN: ERFOLGREICH INNERHALB DER ÖKOLOGISCHEN GRENZEN

HERAUSFORDERUNG

Der Gestaltung des Wirtschafts- und Finanzsystems kommt eine Schlüsselrolle in der Bewältigung der Klimakrise zu. Sie ist maßgeblicher Teil der Antwort auf die Frage, ob es uns gelingt, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zu verankern und den Kollaps ganzer Ökosysteme und damit menschlicher Lebensgrundlagen zu verhindern. Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik braucht neue Prioritäten. Die Weichenstellungen in Richtung Zukunft sind jetzt notwendig und zugleich Chance für einen Strukturwandel. Unser Ressourcenverbrauch ist heute mehr als sechsmal so hoch wie vor 50 Jahren. Auch der ökologische Fußabdruck Österreichs war noch nie so groß wie heute: Würden alle Menschen auf der Welt so leben wie wir, bräuchten wir auf Dauer drei Planeten.

Zugleich wird die große Kluft zwischen Privilegierten und Benachteiligten zunehmend zur Barriere. Die EU-Mitgliedstaaten verlieren jedes Jahr rund 825 Milliarden Euro durch Steuervermeidung, -betrug und -hinterziehung. Das sind 1.650 Euro pro EU-Bürger*in. Dieses Geld fehlt in Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbudgets und für dringend notwendige Investitionen in Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Gewinne werden in Niedrigsteuerrländer verschoben, um die Steuerleistung so gering wie möglich zu halten. Entfesselte Finanzmärkte haben – entkoppelt von der Realwirtschaft – zu Instabilität und enormen Ungleichgewichten in Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Trotz der Finanzkrise 2007/2008 wurde eine echte Systemkorrektur, abgesehen von kleinen Reparaturmaßnahmen, kaum in Angriff genommen. Die Bankenrettungspakete aus Steuermitteln haben zu radikalen, undifferenzierten Sparprogrammen geführt, die zum neuen Paradigma auch österreichischer Regierungen wurden. Ein nächster Crash kann nicht ausgeschlossen werden.

Ungleichgewicht herrscht auch im Steuersystem: Bei den Abgaben für Erwerbstätige – egal ob selbstständig oder unselbstständig – liegt Österreich im Spitzenfeld. Zugleich ist Österreich ein Niedrigsteuerland für Superreiche. Während Arbeitseinkommen sehr hoch besteuert werden, sind Umwelt- und Ressourcenabgaben gering und Reiche bzw. Superreiche leisten keinen fairen Gesamtbeitrag. Vermögen ist bei einigen wenigen konzentriert.

Entgegen dem Credo von Türkis-Blau, ein „Ende der Schuldenpolitik“ zu verordnen, ist undifferenziertes Sparen höchst kurzsichtig. Die Budgets des öffentlichen Haushalts weisen auf dem Papier zwar eine geringere Verschuldung auf, zugleich aber steigen die Schulden im Klimabudget rasant. Die Kosten für Klimaschäden, die durch das Nichthandeln der Regierenden verursacht werden, zahlt die nächste Generation.

Die Armutsgefährdungsrate und die Zahl der tatsächlich Armen im viertreichsten Land der EU zeigen das Problem im System, trotz des hohen Wirtschaftswachstums. Seit vielen Jahren haben viele Beschäftigte keine Netto-Lohnerhöhung erhalten. Viele Unternehmen stecken ihre Gewinne in den Finanzsektor, der wiederum die globale Ausbeutung vorantreibt und erst langsam beginnt, Nachhaltigkeit wahrzunehmen.

Um als Ein-Personen-Unternehmer*in ein gutes Leben führen zu können, braucht es passende Rahmenbedingungen. Selbstständigkeit muss sich auszahlen. Neben einer fairen Einkommensteuerepolitik mit z.B. zeitgemäßen Abschreibungsmöglichkeiten für Arbeitsplatz und -mittel ist es genauso wichtig, für praxisgerechte Regelungen zu sorgen.

Auch der Handel ist ein zentrales Instrument für globale Klimapolitik. Er muss aber grundlegend neu gedacht werden. Es muss gelten: Qualität vor Quantität. Dass wir in Österreich fast die gesamte Textilindustrie verloren haben und in Bangladesch Millionen Näherinnen zu Niedrigstlöhnen arbeiten, bringt uns zwar viele Billig-T-Shirts, aber in beiden Ländern nicht mehr Lebensqualität. Möglich ist das, weil im existierenden System die ökologischen Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Bizarrr daran: Würden solche Produkte in Österreich wieder lokal produziert werden, würde das Volumen des weltweiten Handels sinken und bei vielen Ökonom*innen die Alarmglocken schrillen. Weil die Kennzahlen die falschen sind.

GRÜNE FINANZEN & BUDGETS – KLIMARISIKEN VERMEIDEN

Jede neue Finanz- und Bankenkrise zeigt: Wir brauchen grundlegende Änderungen im Finanzbereich. Hier wird mitentschieden, ob die Klimakrise gelöst wird. Das Rieseninvestitionsprogramm Energiewende und Nachhaltigkeit braucht Unterstützung. Lenken wir die Finanzflüsse in Richtung Zukunft, unterbinden wir Investitionen in umwelt- und klimaschädliche Bereiche.

Die Klimakrise ist auch eine wirtschaftliche Krise. Die Risiken sind enorm, die Schäden durch Klimaveränderungen sind längst zu spüren, rückwärts gerichtete Investments könnten bald wertlos sein. Wer heute sein Geld in Unternehmen veranlagt, die neue fossile Kraftwerke errichten, könnte bald sein grünes Wunder erleben und das eingesetzte Kapital verlieren. Mit dem EU-Aktionsplan für nachhaltige Finanzen hat die EU-Kommission eine wichtige Grundlage geschaffen, um Nachhaltigkeit verstärkt auf den Finanzplätzen zu verankern. Jetzt gilt es, diesen Plan mit Leben zu erfüllen. Hier kann Österreich einen wertvollen Beitrag leisten. Es braucht den politischen Willen. Die Bevölkerung ist längst so weit.

UNSERE VISION

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, dass wir nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben wollen. Wir folgen der Vision eines ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsmodells, das Wohlstand und ein gutes Leben für alle Menschen innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten sicherzustellen vermag. Dabei wollen wir wichtige Qualitäten des heutigen Wohlstands erhalten und weiterentwickeln. Wir können auf Dauer Wertschöpfung nur mit der Natur und nicht gegen die Natur organisieren. Unendliches Wachstum ist auf einem endlichen Planeten mit endlichen Ressourcen nicht möglich. Eine Grundlage für zukunftsorientiertes Wirtschaften ist die Anwendung des Prinzips der Kostenwahrheit: Was in Anspruch genommen wird, soll letztlich inklusive aller externer Kosten zu 100% von dem*der Verursacher*in bzw. Konsument*in bezahlt werden. Eine moderne Standortpolitik bedeutet nicht, sich auf Umwelt-, Lohn- und Sozialdumping nach unten einzulassen. Viel wichtiger sind der Ausbau der Lebensqualität, beste Aus- und Weiterbildungsangebote, Gerechtigkeit, gezielte Förderung von Forschung und Innovation in Zukunftsbranchen, eine moderne Infrastruktur sowie die Durchsetzung von Gleichstellung zwischen den Geschlechtern auch im Wirtschaftsleben.

Ein wesentlicher Innovator und Motor für Veränderung sind hierbei Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Weltweit arbeiten Pionier*innen bereits an Bausteinen eines zukünftigen nachhaltigen Wirtschaftsmodells: Der Staat hat dabei eine Aufgabe als Ermöglicher und Gestalter dieser Transformation. Wir Grüne wollen diese Transformationsbewegung aktiv und unterstützend begleiten und bestmögliche Rahmenbedingungen für ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften schaffen. Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO₂-armer Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die heimische Wirtschaft zukunftsweisend positioniert und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. Der Wettbewerb um die Zukunft ist nicht einer um die billigsten Produktionsmittel, sondern um die ökologischsten Produktionsweisen.

Der Welthandel ist fair, ökologisch und gerecht zu gestalten und hat Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt zu stellen. Wir stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht gestaltet, die in ihren Handelsabkommen verbindlich soziale und ökologische Standards und das Vorsorgeprinzip festschreibt, die kommunale Daseinsvorsorge – also die Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Dienstleistungen – ausreichend schützt, und die parlamentarische Mitbestimmung garantiert. Fortschritte innerhalb der WTO (World Trade Organisation) und multilaterale Abkommen sind dafür geeigneter als bilaterale Handelsabkommen.

UNSER ZUKUNFTSPLAN

1.1. WIRTSCHAFTEN JENSEITS DES WACHSTUMSZWANGS

NEUE LEITLINIEN UND INDIKATOREN: WOHLSTAND NEU VERMESSEN

Nachhaltiger Wohlstand im Sinne eines möglichst guten Lebens für alle erfordert auch neue Leitlinien. Die bisherige Wirtschaftspolitik hat sich zu sehr am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) orientiert. Das BIP signalisiert aufgrund seiner „sozialen Gleichgültigkeit“ einerseits, und seiner „Naturvergessenheit“ andererseits, längst einen illusionären Wohlstand, der sich zunehmend von einer gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt entkoppelt. Daher wollen wir parallel zum BIP weitere Indikatoren stellen, welche die Ziele von Gesellschaft und Politik widerspiegeln und Wohlstand neu messen: etwa die Entwicklung der Beschäftigung, die Treibhausgasbilanz, die Lohnentwicklung (Schere zwischen Mann und Frau), die Verbesserung beim Gini-Index (Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen), den Flächenverbrauch, soziale Sicherheit und Bildungsindikatoren etc. Diese sollen regelmäßig gemeinsam mit dem BIP vorgestellt und öffentlich diskutiert werden, um etwaige Maßnahmen zur Zielerreichung einleiten zu können. Mit dem Jahreswohlstandsbericht der Grünen in Deutschland wurde hierfür ein gutes Vorbild geschaffen.

MASSNAHMEN ZUR VERLÄNGERUNG DER LEBENSDAUER VON PRODUKTEN

In der Entwicklung und Umsetzung einer Rohstoffstrategie wird auf langlebige Produkte, Effizienz, Reparierbarkeit, Wiederverwendung, Recycling und Substitution gesetzt. Derzeit weisen zahlreiche Produkte sehr geringe Qualität, eine viel zu kurze Lebensdauer und kaum Reparaturmöglichkeiten auf. Smartphones haben eine durchschnittliche Lebensdauer von ein bis zwei Jahren. Andere kleine elektrische Geräte, Spielzeuge und Kleidung haben eine ebenso kurze voraussichtliche Lebensdauer. Das muss sich im Sinne der Ressourcenschonung grundlegend ändern.

REGIONALE WIRTSCHAFT STÄRKEN

Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen, Wertschöpfungsketten und Produkten stärken. Doch diese kleinen, häufig Inhaber*innen-geführten Unternehmen sind heute stark in ihrer Existenz bedroht. Die regionale Infrastruktur der Nahversorgung soll erhalten bzw. revitalisiert werden. Dabei setzen wir auf Förderkonzepte, auf praxismgerechte Kleinerzeugerregelungen sowie, wenn möglich, auf Toleranz- und Bagatelgrenzen für kleine Betriebe. Ortskerne werden auch im ländlichen Raum belebter Mittelpunkt der Gemeinden; Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sowie öffentliche Verkehrsmittel sind in unmittelbarer Nähe. Unser Ziel ist die Belebung des Handwerks, das im Zuge der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie neue Perspektiven erhält und wieder mehr Anerkennung erfährt.

SOZIALE ABSICHERUNG FÜR SELBSTSTÄNDIGE

Eine Reihe von Maßnahmen kann helfen, das Risiko für EPU und Kleinunternehmer*innen zu reduzieren. Wir wollen die Abschaffung des Selbstbehalts im Krankheitsfall: Zusätzlich zum Umsatzentgang sollen kranke SVA- Versicherte nicht auch noch mit Selbstbehalten bestraft werden. Im Falle langer Krankheit oder nach einem Unfall sollen Selbstständige ein Taggeld in der Höhe der Existenzgrundlage erhalten. Dieses soll nicht erst ab 42 Tagen, sondern bereits nach 7 Tagen ausbezahlt werden. Selbstständige, die sich weiterbilden wollen, sollen einen Anspruch auf einen Fortbildungszuschuss und soziale Absicherung haben. Es braucht größere gesetzliche Spielräume für Kulanzregelungen der SVA: Die Anzahl der Exekutionen und Konkursanträge seitens der SVA muss drastisch reduziert werden; keine Pfändung unter das Existenzminimum.

EPU UND KLEINSTUNTERNEHMER*INNEN UNTERSTÜTZEN

Viele Selbstständige kennen das: Wer heute ein gutes Jahr hat und im nächsten Jahr Verluste einfährt, ist mit unverhältnismäßig hohen Steuervorauszahlungen konfrontiert. Wir wollen eine Glättung der Bemessungsgrundlage für Steuern und Sozialabgaben: Der durchschnittliche Gewinn der vergangenen fünf Jahre soll für die Bemessung von aller Abgaben herangezogen werden. Damit wird die Bemessungsgrundlage geglättet und „Ausreißer“ nach oben oder unten werden vermieden. Die Wertgrenze für sogenannte geringwertige Wirtschaftsgüter (Laptop & Co) liegt seit rund zwei Jahrzehnten fast unverändert bei 400 Euro. Höherwertige Anschaffungen müssen über mehrere Jahre abgeschrieben werden.

Bei der Entrümpelung der Gewerbeordnung sagen wir: Schluss mit Berufsverboten aus Zunftwesen und Ständestaat. Der Zugang zu rund der Hälfte der reglementierten Gewerbe kann vollkommen freigegeben werden. Nur in jenen Fällen, wo Leben, Gesundheit oder Vermögen der Konsument*innen gefährdet oder erhebliche Umweltschäden zu befürchten sind, soll es weiterhin strenge Befähigungsprüfungen geben. Wir fordern eine Anhebung der Kleinunternehmensgrenze und damit der Umsatzsteuerpflicht von derzeit 30.000 auf 50.000 Euro. Außerdem soll die Bindungsfrist für die Optierung (Kleinunternehmer*in ja/nein) entfallen.

GEMEINWOHLÖKONOMIE UND GENOSSENSCHAFTEN

Wir unterstützen Initiativen, Gemeinden und Betriebe, die sich dem solidarischen Wirtschaften und der gemeinwohl-ökonomischen Bilanzierung verschreiben. Es braucht den Ausbau und eine Vereinfachung der Bildung von unabhängigen Genossenschaften, etwa durch günstige Bedingungen beim Zugang zu Darlehen, Unternehmensförderung und -finanzierung, ebenso wie eine Neuregelung der Haftung der Genossenschafter*innen (Nachschusspflicht) – diese haften derzeit zusätzlich zu ihren Genossenschaftsanteilen mit einem weiteren Betrag in der Höhe der Einlage.

REFORM DES VERGABERECHTS

Das Ziel ist Bestbieter*innen- statt Billigstbieter*innenprinzip: Nicht der Preis alleine zählt bei öffentlichen Ausschreibungen, sondern qualitative Vorbedingungen und Folgewirkungen, zum Beispiel die Nähe der Lieferant*innen (auch für Serviceleistungen und Reparaturen wichtig).

1.2. UMSTEUERN: STEUERGERECHTIGKEIT STATT STEUERPRIVILEGIEN

ÖKOLOGISCH UND SOZIAL UMSTEUERN

Eine Ökologisierung der Steuerstruktur ist die einzig richtige Antwort auf die Klimakrise. Die hohen Abgaben auf den Faktor Arbeit werden dabei gesenkt. Die Bürger*innen erhalten jährlich einen Ökobonus (ca. 500 Euro bei einem Gesamtvolumen der Steuerreform von acht Milliarden). Niedrige und mittlere Einkommen sollen profitieren.

Im Gegensatz dazu werden klimaschädliche Aktivitäten mehr kosten: CO₂-Emissionen erhalten einen angemessenen und steigenden Preis und sollen damit sukzessive verringert werden. Das Modell ist aufkommensneutral, das heißt das Steuervolumen wird insgesamt nicht erhöht. Österreich darf nicht länger OECD-Schlusslicht sein, wenn es um die Besteuerung von Vermögen geht. Millionenerb*innen und Stiftungsmilliardär*innen sollen einen fairen Beitrag leisten. Daher: Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer, die kleine und mittlere Erbschaften und Schenkungen unberührt lässt.

STEUERDUMPING EINSCHRÄNKEN UND BEENDEN

Gewinne sollen dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Damit der Wettbewerb zwischen Großen und Kleinen wieder fair wird, müssen alle gesetzlichen Lücken geschlossen und die Transparenzbestimmungen ausgeweitet werden. Auf EU-Ebene müssen wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Gewinnbesteuerung in Verbindung mit Mindeststeuersätzen voranbringen. Steuerschlupflöcher in Steueroasen müssen geschlossen werden.

STEUERGERECHTIGKEIT: SUPERREICHE SOLLEN EINEN FAIREN BEITRAG LEISTEN

Obwohl sehr hohe Vermögen in Österreich bei sehr wenigen Superreichen konzentriert sind, ist ihr Beitrag zur öffentlichen Finanzierung derzeit sehr gering. Ein Instrument für mehr Fairness ist die Erbschaftssteuer für derzeit steuerfreie Millionenerbschaften und auf Privatstiftungen. Die Erbschaftssteuer sollte dabei so gestaltet sein, dass gezielt die reichsten 10% einen fairen Beitrag leisten und bei Betriebsübergaben zudem Ausnahmeregelungen gelten.

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Österreich muss sich weiter für eine substanzielle Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene einsetzen. Um Finanzspekulation wirksam zurückzudrängen und einen effektiven Beitrag zur Stabilität der Finanzmärkte zu leisten, hat diese nicht nur Aktien und Anleihen, sondern auch abgeleitete Finanzprodukte (Derivate) zu umfassen.

IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN – SPIELRAUM IN DER FISKALPOLITIK

Der notwendige Übergang auf eine nachhaltige Wirtschaft erfordert große Investitionen. Wir schlagen einen umfangreichen Green New Deal, eine Investitionsoffensive in Zukunftsbereichen, vor. Wir setzen die Prioritäten neu und investieren in die Qualität moderner Infrastruktur, in Bildung und Forschung, in Pflege und die Weiterentwicklung des Sozial- und Gesundheitssystems (Care Economy), in klimafreundliche Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energieträger bzw. hoher Energieeffizienz und in die Modernisierung sowie den Ausbau einer umweltfreundlichen Mobilitätsinfrastruktur. Das schafft die Green Jobs der Zukunft.

Ausgaben für langfristige sozialökologische Investitionen sollen nicht unter die restriktiven Regeln des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts fallen – um zu verhindern, dass Schuldenabbau zulasten notwendiger Zukunftschancen geht. Eine gesetzliche Schuldenbremse lehnen wir als Zukunfts- und Investitionsbremse auf Kosten künftiger Generationen entschieden ab.

ANHEBUNG DES FÖRDERZINSES FÜR DIE GEWINNUNG FOSSILER ROHSTOFFE

Österreich verfügt über fossile energetische Ressourcen, die weiterhin durch nationale und internationale Konzerne gewonnen werden. Ähnlich wie in anderen Staaten (wie etwa Norwegen) sollten die Erlöse aus der Nutzung dieser Ressourcen auch der Allgemeinheit zugutekommen. Dementsprechend sollte die Abgabe auf die Förderung dieses Bodenschatzes angehoben werden und die entsprechenden Erlöse (geschätzt über 200 Millionen Euro pro Jahr bei 1 ct/kWh) für Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft auf Basis erneuerbarer Energie und Ressourcenschonung investiert werden.

1.3. FAIRER HANDEL: NACHHALTIG UND SOZIAL

FAIRE RAHMENBEDINGUNGEN STATT UNTERWANDERUNG VON STANDARDS

Österreichs Handelsabkommen werden gemeinsam mit den europäischen Partnern verhandelt – von der EU-Kommission. Aber den Verhandlungsauftrag für jedes einzelne Abkommen erteilen die Regierungen und Parlamente. Auch der österreichische Nationalrat. Bei den in den letzten Jahren beauftragten Handelsabkommen – wie CETA, TTIP und TISA – spielten Ziele wie Nachhaltigkeit, Demokratie, soziale Standards und Gerechtigkeit keine Rolle. Das jetzt zum Beschluss anstehende Abkommen mit den MERCOSUR-Staaten ist sogar der klimafeindlichste Deal aller Zeiten: Der Amazonas-Regenwald wird dabei gegen Auto-Exporte abgetauscht.

HANDEL FAIR GESTALTEN

Die Ziele des Pariser Klimaabkommens, internationale Regeln für Arbeitsnormen und Ziele der nachhaltigen Entwicklung (UN-SDGs) müssen die gemeinsame Grundlage für Handelsverträge bilden. In diesem Sinne ist das Welthandelssystem der WTO zu reformieren sowie neu zu beleben und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen zu stellen. Europa hat sicherzustellen, dass Unternehmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU hohe Standards erfüllen. Der Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Produktions- und Arbeitsbedingungen sowie Menschenrechte unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmer*innenschutzrechte der Internationalen Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest verankert werden und ihre Einhaltung muss einklagbar sein. Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule von Umweltschutz und Verbraucher*innen-Interessen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht der EU reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-Handelsabkommen gilt.

DEMOKRATISCH UND TRANSPARENT STATT GEHEIMVEREINBARUNGEN

Die Verhandlungen und Pläne für EU-Handelsabkommen haben demokratisch und transparent zu erfolgen. Geheimverhandlungen und -papiere sind nicht zu akzeptieren. Das Europaparlament muss über das Mandat bestimmen. Parlamente dürfen nicht durch Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen umgangen oder geschwächt werden. Wir lehnen privilegierte Sonderklagerechte für Konzerne ab. Deshalb sind wir weiterhin gegen CETA in dieser Form.

ABLEHNUNG DES MERCOSUR-ABKOMMENS

Beim geplanten Handelsvertrag mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) fehlen verbindliche soziale und ökologische Standards. Das Pariser Klimaabkommen wird erwähnt, aber seine Einhaltung ist nicht verbindlich. Da Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro den Klimawandel leugnet und die Abholzung der Amazonas-Wälder im Rekordtempo vorantreibt, um Platz für Soja- und Rinderfarmen zu schaffen, wäre dieser Vertrag der denkbar schlimmste Anschlag auf den globalen Klimaschutz, zu dem die EU fähig wäre. Österreichs Nationalrat wird über den Vertrag abstimmen und hat ein Veto-Recht. Wir wollen es nutzen.

FAIRE ROHSTOFFPOLITIK

Die Gewinnung der Rohstoffe, die für Elektronikprodukte wie etwa Smartphones oder Tablets benötigt werden, gehen häufig mit Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Deshalb wollen wir transparente Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Wir treten für faire Rohstoffpartnerschaften ein, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für Einsparung des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa.

1.4. NACHHALTIGE FINANZEN UND BUDGETS

DAS BUDGET IN EINKLANG MIT DEN KLIMAZIELEN BRINGEN

Ähnlich wie auf EU-Ebene hat sich ein maßgeblicher Anteil des österreichischen Haushalts in Einklang mit den Klimazielen zu befinden. Ziel muss sein, dass letztlich das gesamte Budget der Republik mit den Klimazielen vereinbar ist, und zwar dahingehend, dass keine klimaschädlichen Maßnahmen finanziert werden und zugleich ausreichend Geld für Klimaschutzmaßnahmen bereitsteht. Jedenfalls haben sich alle Budgetbereiche einem entsprechenden Klimacheck zu stellen.

GREENING THE FINANCE - DEN FINANZMARKT NACHHALTIG GESTALTEN

Dem internationalen Trend folgend und unter Berücksichtigung des EU-Aktionsplans für nachhaltige Finanzen hat Österreich eine Green Finance Strategie zu erarbeiten, die einerseits zum Ziel haben soll, den Finanzmarkt grüner zu gestalten, also klimaschädliche Investitionen transparent zu machen und Nachhaltigkeitskriterien zu forcieren. Andererseits geht es darum, neue Investitionsmöglichkeiten im Bereich Nachhaltigkeit zu schaffen. Ein staatlicher Green Bond (Anleihe) soll privates Kapital mobilisieren, um zusätzliche Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energie, saubere Mobilität etc. zu finanzieren. Um die Finanzstabilität zu gewährleisten und zukünftige Krisen zu verhindern, sind systemische Risiken zu berücksichtigen, etwa die Klimakrise, die durch wirtschaftliche Schäden und Fehlinvestitionen auch für den Finanzmarkt ein Risiko darstellt. Die Ausgabe von Green Bonds soll bei Berücksichtigung entsprechend strenger Kriterien nicht unter die restriktiven Regeln des Fiskal-, Stabilitäts- und Wachstumspakts fallen

OFFENLEGUNG VON KLIMARISIKEN BEI ÖFFENTLICHEN BETEILIGUNGEN

Die Republik ist durch eine eigene Gesellschaft (ÖBAG) an zahlreichen Unternehmen wie der Post, Telekom Austria, OMV, den Casinos Austria, der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) oder dem Verbund beteiligt. Alle staatlichen Beteiligungen sind auf ihre Klimawirksamkeit zu prüfen und entsprechende Kennzahlen offenzulegen. Falls keine Strategie vorgelegt werden kann, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und den Nachhaltigkeitszielen steht, sind entsprechende Vorgaben zu machen und in letzter Konsequenz auch ein Rückzug aus derartigen Beteiligungen anzustreben (Divestment).

BANKEN STRENG BEAUFSICHTIGEN

Es gilt zu verhindern, dass Finanzinstitute zu groß werden, um zu scheitern, weil sie damit das Finanzsystem ins Wanken bringen. Wir setzen uns für die Erhöhung der Eigenkapitalquoten bei den Großbanken sowie für eine Trennung des Investmentgeschäfts vom Kund*innengeschäft der Banken ein. Europa braucht eine strengere Finanzregulierung, um sicherzustellen, dass der Finanzsektor maßgeblich zu einer widerstandsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft beiträgt. Nur mit einem starken europäischen Bankeninsolvenzrecht ist gewährleistet, dass auch die Großgläubiger*innen und Eigentümer*innen der Banken ihren Beitrag leisten. Die Bankenunion muss durch ein funktionierendes EU-Einlagensicherungssystem ergänzt werden. Dieses soll im Fall einer Insolvenz einer Bank die Einlagen der Kund*innen sichern und das Geld der Sparer*innen schützen. Die Aufsicht über kleine Banken wollen wir entbürokratisieren, um sie im Wettbewerb nicht zu benachteiligen.

1.5. GRÜNE INDUSTRIEPOLITIK

STRATEGIE ZUR LANGFRISTIGEN INDUSTRIESTANDORTABSICHERUNG

Die Industrie ist unter Veränderungsdruck. Statt für eine „defensive“ Absicherung der Industrie stehen wir für eine offensive industrielle Entwicklung unter Berücksichtigung von Ressourcengrenzen, mit dem Ziel einer grünen Industrie-Ära auf Basis hochwertiger, ressourcenschonender Produktion. Zur langfristigen Standortabsicherung bedarf es einer Weichenstellung für energieintensive Industriebereiche in Richtung einer neuen klimafreundlichen Technologie-Ära und einer Positionierung als führender Industriestandort für hochwertige, innovative, ressourcenschonende und CO₂-arme Produktion. In der Entwicklung und Umsetzung einer Rohstoffstrategie wird auf Effizienz, Recycling, Wiederverwendung und Substitution gesetzt. Innovationen für ressourcenschonende Technologien und nachhaltige Antriebsmittel sollen gezielt unterstützt werden. Die Weiterentwicklung der ÖBAG als Beteiligungsagentur der Republik soll konsequent vorangetrieben werden, sich verstärkt an Nachhaltigkeit orientieren und um die Möglichkeit erweitert werden, strategisches Eigentum an volkswirtschaftlich bedeutenden Unternehmen zu erwerben.

1.6. NACHHALTIGER TOURISMUS

ERLEBNIS NATUR STATT RISKANTER MEGA-INFRASTRUKTURPROJEKTE

Der Tourismus ist für Österreichs Wirtschaft und Beschäftigung ein relevanter Sektor. Das kann nur so bleiben, wenn sich etwas ändert. Wir wollen Österreich als Land für nachhaltigen Tourismus positionieren. Zwei Drittel der Wertschöpfung im Tourismus werden derzeit im Winter erzielt. Die Klimaveränderung wird jedoch insbesondere für niedrige und mittlere Lagen zu einem wachsenden Problem. Daher wird sich auch die Branche wandeln müssen. Anstelle eines noch exzessiven Ausbaus mit Kunstschnee aus Hubschraubern, Beschneigung mit Wasser aus ökologisch sensiblen Gebieten und kaum refinanzierbaren Mega-Infrastrukturprojekten, wird eine sanfte Neupositionierung im Erleben von Berg und Natur Schwerpunkt sein, mit der die ökologischen Grenzen im Landschafts- und Ressourcenverbrauch respektiert werden. Zum Schutz vor Dumpingpreisen müssen Investorenmodelle und flächenfressende Tourismusgroßprojekte im Bereich Nachhaltigkeit zum Wohl der Tourismusregion eingedämmt werden.

SOZIALE VERANTWORTUNG IM TOURISMUS LEBEN

Als einer der größten Wirtschaftsfaktoren und Arbeitgeber unseres Landes muss der Tourismus nicht nur ökologische, sondern endlich auch soziale Verantwortung übernehmen. Für uns sind unterstützende Rahmenbedingungen von heimischen Betrieben und Gastronomie wichtig. Sie schaffen Arbeitsplätze und zahlen wichtige Steuern. Die Steuerumschichtung zur Entlastung des Faktors Arbeit ist ein wichtiger Schritt, um eine beschäftigungsintensive Branche wie den Tourismus zu stärken. Davon profitieren Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen.

DIE GRUNDLAGEN UNSERES TOURISTISCHEN SCHATZES NACHHALTIG SCHÜTZEN

Unsere schöne Natur bietet vielen ein attraktives Tourismusziel an. Damit dies so bleibt, müssen wir auf den Erhalt unserer Naturlandschaft und einen nachhaltigen Strukturwandel am Land und in der Landwirtschaft achten. Dazu gehört auch, dass wir Regionen nicht durch Zersiedelung und Ausdünnung der Ortskerne schwächen oder mit Lärmbelastung durch übermäßigen Individualverkehr zerstören. Nachhaltige Mobilitätsangebote wie ein bundesweites Österrichticket (siehe Kapitel Mobilität) machen Österreich auch als Urlaubsland attraktiver. Auch die Förderung heimischer Produktion, besonders im Lebensmittelbereich, ist uns wichtig. Es braucht eine bessere Herkunftsbezeichnung regionaler Produkte, um eine Qualitätssicherung gewährleisten zu können.

2 DIE ZUKUNFT DER ARBEIT

HERAUSFORDERUNG

Es gibt wohl kaum einen anderen Gesellschaftsbereich, der sich stärker auf die Umwälzungen einer digitalisierten und automatisierten Welt einstellen muss als der Arbeitsmarkt. Wir befinden uns inmitten der vierten industriellen Revolution. Zusätzlich wird der notwendige sozial-ökologische Umbau unseres Wirtschaftssystems zu grundlegenden Änderungen in der Arbeitswelt führen. Die Zukunft der Arbeit weist viele Unsicherheitsfaktoren auf, die auch in Hochkonjunkturphasen wie zuletzt über die strukturellen Probleme nicht hinwegtäuschen können. Klar ist, dass wir Arbeit neu denken und den Arbeitsbegriff angesichts von zahlreichen unbezahlten Tätigkeiten und gleichzeitig hohem Druck am Arbeitsmarkt und gesteigener Produktivität weiterentwickeln müssen.

Jüngste politische Entscheidungen wie der 12-Stunden-Arbeitstag und die 60-Stunden-Woche sind das genaue Gegenteil dessen, was eine funktionierende Arbeitswelt in Zukunft ausmachen wird. Bei Fortführung der eingeschlagenen Arbeitspolitik droht in erster Linie weitere Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und eine Flexibilisierung ausschließlich zu Ungunsten der Arbeitnehmer*innen. Die arbeitsmarktpolitische Bilanz der vergangenen Regierung ist trotz geringerer Arbeitslosenrate nicht positiv. Insbesondere die drastische Senkung der Mittel der Arbeitsmarktförderung um ein Drittel wirkt sich aus. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar konjunkturell bedingt zurückgegangen, nicht aber die Zahl der älteren und/oder Langzeitarbeitslosen, die ohne Qualifizierungsmaßnahmen, Einstellungshilfen und die Förderung eines zweiten Arbeitsmarktes kaum Beschäftigungsmöglichkeiten vorfinden.

Es gibt nach wie vor keinen einheitlichen Mindestlohn, der in vielen Bereichen, insbesondere im Niedriglohnssektor, ein wirksames Instrument gegen ungleiche Bezahlung von Frauen sein könnte. Hinzu kommen zu hohe Steuern auf Arbeit bei gleichzeitig zu geringen Abgaben auf Ressourcenverbrauch und Vermögen sowie zunehmende Steuervermeidung durch Großkonzerne und Superreiche. Entsprechende Änderungen im Steuersystem könnten auch eine Steuerentlastung der Erwerbsarbeit ermöglichen.

Erwerbsarmut ist bereits jetzt ein Kernproblem unserer Gesellschaft – die sogenannten „working poor“ sind Menschen, deren Einkommen trotz Erwerbstätigkeit knapp an oder unter der Armutsgrenze liegt. Dies betrifft in Österreich immerhin ca. 300.000 Menschen. Die Ursachen dafür sind in der fortschreitenden Atypisierung und Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen zu suchen, die zusätzlich auch nicht ausreichend sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert sind. Die derzeitigen Arbeits- und Sozialgesetze fokussieren überwiegend auf das klassische Vollzeitbeschäftigungsmodell und stammen aus einer Zeit, in der dies tatsächlich noch das vorherrschende Modell von Arbeit war. Doch die heutige Arbeitsrealität sieht anders aus. Atypische Beschäftigung, häufiger Wechsel des Arbeitsverhältnisses, unbezahlte Arbeit in Familie, Haushalt, Pflege und Ehrenamt sind inzwischen fixe Bestandteile des Alltagslebens vieler in Österreich lebender Menschen geworden.

THE GREEN NEW DEAL: INVESTITIONSPLAN FÜR DIE ZUKUNFT

Die Idee eines Green New Deal erlebt eine Renaissance. Der ursprüngliche New Deal von US-Präsident Roosevelt im Jahr 1933 enthielt ein Bündel von Reformen, um die Wirtschaft anzukurbeln und Armut zu bekämpfen. Banken wurden reguliert, mit der Errichtung wesentlicher Infrastruktur Jobs geschaffen, das Sozialsystem wurde gestärkt. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 fordern zivilgesellschaftliche Organisationen und die Grünen insbesondere in Europa einen Green New Deal für die Herausforderungen von heute, auch als Gegenkonzept zur Retro-Wirtschaftspolitik von US-Präsident Donald Trump.

Grundidee des Green New Deals ist der Versuch, die Ziele einer gerechten Gesellschaft, einer ökologisch tragfähigen Wirtschaft und der Vollbeschäftigung zu verbinden, und entsprechend Investitionen umzulenken. Kernelement ist wie bei Roosevelt ein ehrgeiziger Investitionsplan, der Zukunftsbereiche stärkt und nachhaltige Produktionsweisen als Priorität sieht: erneuerbare Energien, klimafreundliche öffentliche und soziale Infrastruktur, öffentlicher Verkehr, Bildungseinrichtungen, Forschung und Entwicklung. Damit werden neue, hochwertige Arbeitsplätze geschaffen und die Treibhausgase im Sinne des Pariser Klimavertrags stark verringert. Insbesondere für den wirtschaftlichen Strukturwandel ist ein Green New Deal wichtig, um den Übergang in ein zukunftsgerechtes Wirtschaftssystem erfolgreich zu bewältigen. Dieser Übergang muss im Sinne einer „just transition“ sozial gerecht und demokratisch gestaltet werden – gemeinsam mit Betroffenen und im Sinne der Arbeitnehmer*innen.

UNSERE VISION

Vor allem jüngere Generationen stellen mittlerweile zu Recht neue Anforderungen an „Arbeit“. Es geht um Sinn, Identifikation, faire Arbeitszeit und soziale Absicherung. Ob Erwerbsarbeit das ganze Leben und uns selbst definieren sollte, wird zunehmend hinterfragt. Es braucht letztlich nicht nur einen neuen Umgang mit Arbeit, sondern auch mit Zeit. Schon jetzt fällt es immer mehr Familien schwer, Arbeit, Familienleben und persönliche Freizeit unter einen Hut zu bekommen. Durch eine deutlich verbesserte Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung, aber auch eine Reduktion der Arbeitszeit, wird die Work-Life-Balance ausgewogener. Auch eine Auszeit von der Arbeit kann der Überbelastung durch Entgrenzung und Mehrarbeit entgegenwirken und schafft Freiräume für berufliche Um- oder Neuorientierung, sofern sie sozial abgesichert ist. Die Arbeitszeit ist außerdem ein Schlüsselfaktor für einen nachhaltigeren Lebenswandel. Nur wer genügend Zeit hat, hat auch die Möglichkeit bewusster zu konsumieren und zu leben.

Die Höhe und Verteilung der Einkommen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Viele Menschen in Österreich erhalten derzeit für ihre Arbeitskraft nur äußerst geringe Löhne. Ein gesetzlich verankerter Mindestlohn kommt daher nicht nur Frauen, sondern allen Arbeitnehmer*innen im Niedriglohnbereich zugute. Die zukünftigen Arbeitsverhältnisse, einschließlich unbezahlter Arbeit, erfordern neue Regeln, um eine Umgehung sozialer Sicherheitssysteme zu verhindern. Letztlich sollten alle Formen der Arbeit, auch jene im Haushalt oder im Ehrenamt, als gesellschaftlich und ökonomisch wertvoll anerkannt werden. Arbeit soll in Zukunft nicht mehr ausschließlich als klassische Lohn- oder Erwerbsarbeit verstanden werden. Es gilt sicherzustellen, dass unsere Gesellschaft nicht gespalten wird, in diejenigen, die von ihrer Arbeit leben können und jene, die das nicht können.

UNSER ZUKUNFTSPLAN

2.1. GREEN JOBS – ARBEIT MIT ZUKUNFT

Die Zukunft ist grün. Auch in der Wirtschaft. Grüne Technologien werden zur Leitindustrie des 21. Jahrhunderts. Ökonomie und Grüne Jobs sind die Herzstücke eines zukunftsorientierten, nachhaltigen Wirtschaftssystems. Bereits jetzt sorgt die Branche für hunderttausende Arbeitsplätze in Österreich. Wirtschaft und Umweltschutz sind längst vereinbar, wenn man auf die richtige Strategie setzt. Um das Potenzial der Ökonomie auch weiterhin voll ausschöpfen zu können, müssen Energie-, Umwelt- und Innovationspolitik mit gezielten Investitionen gestärkt werden. Ein weiterer Fokus muss auf den Arbeitsmarkt gelegt werden, um Ausbildungsprogramme für zukunftsfähige und faire Grüne Jobs zu schaffen. Das kurbelt letztlich nicht nur die heimische Wirtschaft an, sondern schafft Arbeitsplätze und verbessert die Lebensqualität unserer und nachfolgenden Generationen.

IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

Wir setzen die Prioritäten neu und investieren in die Qualität moderner Infrastruktur, in Bildung und Forschung, in die Weiterentwicklung des Sozial- und Gesundheitssystems (Care Economy), in klimafreundliche Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energieträger bzw. hoher Energieeffizienz und in die Modernisierung sowie den Ausbau einer umweltfreundlichen Mobilitätsinfrastruktur. Das schafft die Green Jobs der Zukunft, denn diese Bereiche sind nicht nur gut für die Gesellschaft, sondern auch beschäftigungsintensiver als die Sektoren der Fossilwirtschaft.

EIN FAIRER ÜBERGANG

Die Arbeitsplätze von morgen sind grün. Deshalb schaffen wir rechtzeitig Ausbildungsprogramme in den Zukunftsbranchen Ökonomie, Gesundheit, Bildung und Pflege und fördern so den beruflichen Umstieg, geben Menschen Perspektiven und garantieren in allen Lebenslagen soziale Sicherheit. Dabei gilt, dass Grüne Jobs auch gute Jobs sein müssen, d.h. sie sind fair bezahlt und arbeits- und sozialrechtlich voll abgesichert.

BRANCHEN UND ARBEITSPLÄTZE IM WANDEL

Das Schaffen grüner Arbeitsplätze soll den Wegfall von Arbeitsplätzen in Öl-, Auto- und Kohleindustrie kompensieren. In erneuerbarer Energie steckt mehr Beschäftigungspotenzial als in alten Industriezweigen. Im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik werden ausreichend Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Fachkräfte in den neuen Umwelt- und Energietechnologien angeboten. Dadurch können auch die Auswirkungen der Digitalisierung sozial abgefedert werden.

2.2. VON ARBEIT LEBEN KÖNNEN

ARBEIT MUSS VOR ARMUT SCHÜTZEN

Von der eigenen Arbeit leben zu können – das hat sowohl während der Erwerbstätigkeit, als auch danach zu gelten. Menschen, die arbeiten, sollten auch entsprechende Pensionen erhalten, selbst wenn sie Teilzeit oder mehrfach geringfügig beschäftigt sind. Entsprechende Änderungen im Abgabensystem könnten das ermöglichen. Es macht mehr Sinn, das Geld dort zu suchen, wo es im Überfluss vorhanden ist und nichts zur Gesellschaft beiträgt, anstatt produktive Arbeit zu besteuern.

EIN LEISTUNGS- UND CHANCENGERECHTES STEUER- UND ABGABENSYSTEM

Die hohen Abgaben auf den Faktor Arbeit sind deutlich zu senken. Niedrige und mittlere Einkommen sollen profitieren. So ist sichergestellt, dass auch Frauen ihren fairen Anteil erhalten. Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit sollen wesentliche Ziele der nächsten Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sein.

EINKOMMENSUNTERSCHIEDE ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN BESEITIGEN

Frauen sind weiterhin zahlreichen Diskriminierungen am Arbeitsmarkt ausgesetzt. Die Arbeit von Frauen wird grundsätzlich minderbewertet und sie arbeiten sehr oft in Teilzeit (48 Prozent), da die Vereinbarung von Familie und Beruf von ihnen erwartet wird und meist noch immer auf ihren Schultern lastet. Abgesehen davon sind sie auch überproportional häufig in Niedriglohnssektoren tätig. Es braucht daher Verschärfungen bei den gesetzlich vorgeschriebenen Einkommensberichten, verbindliche Aktionspläne für Unternehmen zur Schließung der Einkommensschere, die Einführung eines Mindestlohns, eine Modernisierung der Arbeitsbewertung in den Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen, Mindestarbeitszeitregelungen bei Teilzeit sowie eine Kopplung öffentlicher Auftragsvergaben an die Frauenförderung in Unternehmen.

VERANKERUNG EINES MINDESTLOHNS IN DER HÖHE VON 1.750 EURO (BRUTTO BEI VOLLZEIT)

Es bedarf der Festlegung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze pro Stunde, die für alle Arbeitsverhältnisse gilt. Orientierungspunkt ist das Konzept „Fairer Lohn“ der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO (2017: 10,10 Euro/ Stunde).

2.3. ARBEITSZEIT: FAIR UND ZUKUNFTSGERECHT

ARBEITSZEIT SCHRITTWEISE VERKÜRZEN

Im ersten Schritt soll der Abbau der Überstunden-/Mehrstunden-Praxis vorangetrieben werden, etwa durch Verdoppelung der Mehrarbeitszuschläge und gesetzliche Begrenzung der Durchrechnungszeiträume. Der 12-Stunden-Arbeitstag sowie die 60-Stunden-Woche sind in der beschlossenen Form zurückzunehmen. Stattdessen wollen wir eine schrittweise, allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche. Interessen sowie Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen sollen in Fragen der Arbeitszeitflexibilisierung und beim Ausbau von Karenzen gestärkt werden.

WORK-LIFE-TRENNUNG ERMÖGLICHEN

Wir arbeiten zunehmend „entgrenzt“. D.h. die Trennung zwischen Arbeit und Privatbereich verläuft immer fließender. Die Folge: Eine negative Work-Life-Balance. Immer mehr Menschen arbeiten auch in der Freizeit, im Urlaub oder sogar im Krankenstand, was sich in weiterer Folge auf die psychische Verfasstheit auswirkt. Es scheint schwer, die Balance aufrecht zu erhalten. Es bedarf daher klarer Spielregeln und eines Kulturwandels. Arbeitnehmer*innen sind nicht immer abruf- und erreichbar und haben ein Recht auf Privatsphäre.

AUSZEIT VON DER ERWERBSARBEIT ERMÖGLICHEN

Möglichkeiten für den temporären Ausstieg aus dem Erwerbsleben werden im Sinne der flexiblen Lebensarbeitszeit unterstützt. Sabbaticals, Bildungskarenz zur Fortbildung, oder auch Pflegeurlaube ermöglichen zeitlich befristete Auszeiten. Das hilft nicht nur Betroffenen, länger gesund und aktiv zu bleiben, sondern ermöglicht auch zusätzlichen Menschen den Zugang zum Erwerbsleben und entlastet die Pensionskassen.

2.4. ARBEITNEHMER*INNENRECHTE UND MITBESTIMMUNG

Flexibilisierung – das klingt nach selbstbestimmtem Arbeiten, freier Zeiteinteilung, mehr Autonomie. Für viele – etwa im Bereich der Selbstständigkeit – ist das auch im positiven Sinne realisierbar. Jedoch bedeutet flexibel zu sein für zahlreiche Arbeitnehmer*innen oft genug, jederzeit verfügbar sein zu müssen, Arbeitszeiten, die sich nicht an den eigenen, sondern nur an den Bedürfnissen der Unternehmen orientieren und eine mehr oder weniger versteckte Ausweitung der Arbeitszeiten. Arbeitnehmer*innen werden in Teilzeit beschäftigt, weil Mehrarbeit die Unternehmen dann billiger kommt. Wir wollen nicht, dass Arbeitnehmer*innen in „neue Selbstständigkeit“ gedrängt werden, in der dann Arbeitszeitgesetze

und Arbeitsrechte nicht gelten. Schreitet diese Form der „Atypisierung“ von Beschäftigung weiter voran, geraten Arbeitnehmer*innenrechte und Schutzbestimmungen noch weiter unter Druck; es droht ein weiterer Verlust von sozialer Sicherheit – und damit ein Anstieg des Armutrisikos bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter. Es braucht im Umgang mit flexiblen Arbeitszeiten Verantwortungsbewusstsein und wirksame Arbeitnehmer*innen-Rechte.

ARBEITSRECHT ANPASSEN

Im Bereich des Arbeitsrechts gilt es, die Chancen der neuen Arbeitswelt zu nutzen, gleichzeitig aber auch eine Aushöhlung des Arbeitnehmer*innenschutzes durch Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu verhindern; z.B. durch eine Ausweitung des Arbeitnehmer*innenbegriffs auf „neue Selbstständige“ und andere atypische Beschäftigungsformen, die vielfach nur der Umgehung des Arbeitsrechts dienen. Die Digitalisierung soll als Chance für eine Arbeitszeitverkürzung und selbstbestimmtere Arbeitszeiten, und nicht als Hebel für deren De-facto-Ausweitung genutzt werden.

VOLLER VERSICHERUNGSSCHUTZ FÜR ALLE ARBEITSVERHÄLTNISSE

Unabhängig von Dauer, Arbeitszeit und Höhe des Einkommens wird der Versicherungsschutz für alle unselbstständigen Arbeitsverhältnisse gewährleistet. Damit wird verhindert, dass sich Arbeitgeber*innen entsprechende Sozialversicherungsbeiträge „ersparen“ bzw. diese umgehen.

KEINE SCHWÄCHUNG DER INTERESSENVERTRETUNGEN DER ARBEITNEHMER*INNEN

Arbeiterkammern, Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen spielen eine zentrale Rolle bei der Vertretung und Durchsetzung der Interessen der Arbeitnehmer*innen und sind damit wichtige Stützen einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Den Interessenvertretungen kommt auch eine wichtige Rolle bei der sozial gerechten Gestaltung des digitalen Wandels und des ökologischen Umbaus zu. Wir lehnen daher alle Versuche ab, die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer*innen zu schwächen.

INTERESSENS- UND RECHTSSCHUTZ

Insbesondere bei AMS und Sozialamt helfen Rechtsschutzangebote den Betroffenen, bestehende Barrieren auf den Ämtern zu überwinden. Eine unabhängige Arbeits- und eine Sozialanwaltschaft sollen dabei unterstützen, Rechte durchzusetzen.

BESCHÄFTIGUNGSOFFENSIVE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Es bedarf einer Reform des Systems der Ausgleichstaxe; sie soll von der Lohnsumme berechnet und mit einem Anreizsystem kombiniert werden. Menschen mit Behinderungen sollen als eigene Zielgruppe beim AMS betreut werden

WER NICHT MUSS, DER KANN – SOZIALLEISTUNGEN ALS RECHTSANSPRUCH

Auch erwerbslose Menschen leiden unter zu geringen Sozialleistungen, deren Bezug oft mit Scham, Unsicherheit und Zwang einhergeht. Existenzsichernde Sozialleistungen und eine Reduktion von Druck und Zwang auf Erwerbslose sind ein erfolgsversprechendes Modell zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Sozialleistungen sind keine Almosen, sondern ein Recht. Arbeitslosigkeit ist keine Schuld, die getilgt werden muss und darf daher nicht mit einer sozialen Stigmatisierung der Betroffenen einhergehen.

FAIRNESS BEIM ARBEITSLOSENGELD

Das Ziel ist: Die Höhe des Arbeitslosengeldes wird in Österreich zumindest auf den EU-Schnitt von 70% angehoben. Bei längerer Arbeitslosigkeit werden Leistungen valorisiert.

BESSERER SERVICE FÜR ARBEITSSUCHENDE

Ein modernes Arbeitsmarktservice (AMS) bietet mehr individuelle Betreuung und mehr Mittel für Individualförderung. Mit einer Qualitätsoffensive wird das AMS-Personal aufgestockt und besser qualifiziert. Die Reform der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose ist dringend notwendig, damit Arbeitssuchende eine Anstellung finden, die ihren erworbenen Fähigkeiten entspricht und von der sie auch leben können. Der Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes für Menschen mit eingeschränkter Erwerbsfähigkeit ist ein wichtiger Schritt für einen inklusiven Arbeitsmarkt.

GEZIELTE FÖRDERPROGRAMME

Anstelle von Budgetkürzungen bedarf es gezielter – auch mittel- bis langfristig orientierter – arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für spezifische Betroffenengruppen (Langzeit- und/oder ältere Arbeitslose, „digital workers“, neue Selbständige, Asylberechtigte), wie z.B. Förderung von Plattform- und Beschäftigungsgenossenschaften, Wiederaufnahme der „Aktion 20.000“ auch als Testversuch für notwendige, größer angelegte, öffentlich finanzierte Beschäftigungsprogramme, um den Strukturwandel infolge fortschreitender Digitalisierung und der Klimakrise sozial abzufedern.

HERAUSFORDERUNG

Der technologische Wandel fordert Gesellschaft und Wirtschaft heraus. Er ist in vielerlei Hinsicht Chance, birgt aber auch Risiken. Die Digitalisierung betrifft alle Bereiche unseres Lebens. Wir Grüne sehen die Aufgabe darin, den digitalen Wandel zu begleiten und aktiv mitzugestalten, um ihn als Chance zu nutzen: eine Chance, die ressourcenintensive Form des Wirtschaftens durch Innovation und effiziente Technologien zu verändern, neue Dienstleistungen zu ermöglichen und eine Chance, das Leben aller Bürger*innen zu verbessern. Zugleich sollen Risiken frühzeitig erkannt und entsprechend in den politischen Strategien berücksichtigt werden. Zweifelsohne wird sich der Arbeitsmarkt durch den Digitalen Wandel verändern: In einigen Bereichen werden durch Rationalisierungen und Automatisierungen Arbeitsplätze wegfallen. Andererseits werden – wie bei jeder bahnbrechenden technologischen Entwicklung in der Vergangenheit – neue Tätigkeitsfelder entstehen. Dies bringt Vorteile, aber auch Gefahren hinsichtlich der Rechte der Arbeitnehmer*innen.

Österreich hat dank zahlreicher führender Unternehmen und Institutionen in einigen zukunftsorientierten Bereichen wie Umwelt- und Energietechnologien oder auch der Biotechnologie eine sehr gute Ausgangsposition. Leider droht Österreich aber den Anschluss an die internationalen Entwicklungen im Umwelt- und Energiebereich zu verlieren. Dabei sind insbesondere ein funktionierender Heimmarkt und entsprechende Rahmenbedingungen für innovationsorientierte Unternehmen besonders wichtig. Wir wollen faire Rahmenbedingungen für den Wettbewerb, Märkte innovationsfreundlich gestalten und gute Bedingungen in der sich wandelnden Arbeitswelt schaffen. Jede Innovation geht letztlich auf Ergebnisse der Grundlagenforschung zurück, die in Österreich chronisch unterfinanziert ist. Es braucht hier Sicherheit. Die Grundlagenforschung und die Hochschulbildung müssen dringend gestärkt werden. Es bedarf eines offenen, wissenschaftsfreundlichen Zugangs in einer Politik, die den Dialog sucht, sich von Forschung beraten lässt und sich politischen Versuchen, Forschung zu diskreditieren, entgegenstellt.

INNOVATION UND TECHNOLOGIEN GEGEN DIE KLIMAKRISE

Ob im Umbau des Energiesystems, in der Mobilität oder in der Klimaforschung selbst: Neue Technologien, Innovationen und die Digitalisierung bergen Riesenchancen, um die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Neue Technologien können Teil eines strukturellen Wandels in Richtung Klimaneutralität sein. Diese Chancen müssen wir nützen. Aber sich in erster Linie auf neue Technologien zu verlassen, wird nicht reichen. Parallel dazu brauchen wir einen Systemwandel. Wir wollen die Technologiepolitik stark an gesellschaftlichen Zielen orientieren; sie dort unterstützen, wo sie im Sinne von Nachhaltigkeit, weniger Schadstoffen und mehr Klimaschutz agiert, und dort bremsen, wo es erst recht Risiken gibt.

Bei neuen Technologien selbst rücken wir den Ressourcenverbrauch stärker in den Mittelpunkt. Wenn Serverburgen der digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien zu den größten Stromverbraucherinnen weltweit werden, braucht es nachhaltige Strategien. Schließen wir die Hintertüren und vermeiden wir überhöhten Treibhausgasausstoß.

UNSERE VISION

Wir glauben an die Innovationskraft des Menschen und die Veränderungsfähigkeit von lernenden Gesellschaften. Wir sind überzeugt, dass wir mit deutlich weniger Ressourcenverbrauch dennoch mehr Lebensqualität schaffen und sichern können, da Glück und Zufriedenheit nicht an einen stets steigenden Konsum materieller Güter gebunden sind. Die großen Herausforderungen können und müssen gemeinsam bewältigt werden, um wesentliche zivilisatorische Errungenschaften wie individuelle Freiheit, Selbstbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand nicht nur zu erhalten, sondern weiterzuentwickeln.

Bildung, Wissenschaft und Forschung haben höchsten Stellenwert in unserer Gesellschaft – nicht nur als Wirtschaftsfaktor, sondern als gesellschaftlicher Wert. Wir wollen eine innovationsorientierte Haltung. Dazu gehört auch das Scheitern. Dies ist Teil eines wichtigen Lern- und Erkenntnisprozesses. Wir wollen den technologischen Wandel so gestalten und nutzen, dass er Mensch und Umwelt nützt. Das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der Umkehrbarkeit von Entscheidungen gelten auch hier. Nicht alles, was machbar ist, sollte auch getan werden. Die Etablierung von neuen Technologien braucht Verantwortung. Ein intensiver Dialog zwischen Wissenschaft/Forschung und Gesellschaft ist erforderlich. Bei entsprechenden Gesetzen soll Technologiefolgenabschätzung ein Teil des parlamentarischen Prozesses sein.

Ein wichtiges Ziel von Forschung und Innovation ist der Umbau des Energiesystems. Der Umgang mit Energie und Ressourcen wird sich grundlegend ändern (Stichwort Bioökonomie), CO₂-neutrale Lösungen auf Basis erneuerbarer Rohstoffe und Energieträger werden Standard. Eine wichtige Triebfeder dabei wird die Schaffung eines Innovations- und Marktumfeldes sein, in dem die Nachfrage nach energiebasierten Lösungen und Dienstleistungen abgedeckt werden kann und Österreich als internationaler Innovationsmotor etabliert wird.

UNSER ZUKUNFTSPLAN

3.1. DIE CHANCEN DER DIGITALISIERUNG NUTZEN

ÖSTERREICH AUF DEN DIGITALEN WANDEL VORBEREITEN

Die flächendeckende Versorgung mit modernstem Hochleistungsinternet auf Glasfaserbasis soll in ganz Österreich sichergestellt werden, auch in abgelegenen ländlichen Siedlungsräumen. Es braucht vermehrte Bildungsangebote, um den Arbeitnehmer*innen den Übergang in die Arbeitswelt von morgen zu erleichtern. Digitale Inklusion und der digitale Wandel müssen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe unter Einbindung wesentlicher Akteur*innen, Betroffener und Interessensgruppen begriffen werden.

SCHAFFUNG RECHTLICHER RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE DIGITALISIERTE WELT

Vom Datenschutz über Sicherheitsaspekte, Konsument*innenschutz, Urheber*innen- und Patentrechte, bis zu Big-Data. Der Rechtsrahmen soll – wo möglich – Klarheit schaffen und ist entsprechend weiterzuentwickeln. Die Zustimmung kann nur wissend erfolgen. AGB (Allgemeine Geschäftsbedingungen) müssen so verfasst werden, dass sie für die Nutzer*innen klar verständlich und transparent sind.

DER SCHUTZ KRITISCHER INFRASTRUKTUR UND IT-SICHERHEIT SIND AUF HÖCHSTEM NIVEAU SICHERZUSTELLEN

Bürger*innen und Unternehmen sind bei der IT-Sicherheit zu unterstützen und vor der immer massiver werdenden Cyberkriminalität bestmöglich zu schützen. Staatlich finanzierte Bug-Bounty-Programme sollen helfen, Sicherheitslücken zu finden und freie und offene Software weiterzuentwickeln. Es darf kein staatliches Interesse an Sicherheitslücken zur Überwachung geben.

MOBILNETZ-AUSBAU MIT AUGENMASS

Mobilfunk gehört zum täglichen Leben heute dazu. Trotz immer höherer Anforderungen und Möglichkeiten (5G-Netz) gilt es, dabei auch mögliche negative Konsequenzen und Ängste zu berücksichtigen. Der Internetausbau soll verstärkt auch leitungsgebunden ausgeführt werden – also mittels Glasfaserkabel, die unter der Erde geführt werden. Dadurch werden weniger Sendemasten benötigt. Leitungsgebundenes Internet hat den Vorteil stabiler Bandbreiten, höherer Geschwindigkeiten und ausfallssicherer Netze im Vergleich zum Mobilfunk. In seriöse, betreiberunabhängige Technikfolgenabschätzung zu investieren, ist aus unserer Sicht dringlich, sinnvoll und wichtig.

DATENMISSBRAUCH BEI „INTELLIGENTEN“ ANWENDUNGEN VERHINDERN

Der Schutz der Verbraucher*innendaten hat absoluten Vorrang. Datenmissbrauch über sogenannte „smarte“ Assistenten & Co. muss technisch verhindert werden. Es sollen möglichst wenige Daten aufgezeichnet und gespeichert werden.

Unbefugte sollen keine Rückschlüsse – etwa beim Stromablesen durch Smart Meter – auf das Verhalten der Verbraucher*innen ziehen können. Verbraucher*innendaten müssen einer strikten Zweckbindung unterliegen. Die Opt-Out-Regelung sollen die Kund*innen selbstständig am Gerät aktivieren können, ohne Fernschaltungs-Möglichkeit. Verbraucher*innen müssen darüber bestimmen können, ob und wie gespeicherte Daten verwendet und verarbeitet werden dürfen. Dazu ist weitgehende Transparenz Voraussetzung. Außerdem müssen Verbraucher*innen Daten löschen und korrigieren können (Siehe auch Kapitel Netzpolitik)

3.2. INNOVATION, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIEPOLITIK

Die Grünen nehmen Innovationen gegenüber eine grundsätzlich positive und bejahende Haltung ein und sind der Überzeugung, dass Innovationen in Forschung und Entwicklung einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft finden. Innovation versteht sich dabei nicht nur als technologische Innovation, sondern auch stark als soziale Innovation. Innovationspolitik schafft Rahmenbedingungen für die Entstehung von Neuem in der Wissenschaft, der Wirtschaft, aber auch in der Gesellschaft. Der von der türkis-blauen Regierung betriebenen Politik, die Grenzen in vielerlei Hinsicht wieder einführen zu wollen, setzen wir ein Plädoyer für Vielfalt, Neugier und Weltoffenheit entgegen. Eine gesellschaftspolitische Atmosphäre, die von Angst vor dem Neuen und dem Fremden geprägt ist, stellt kein gedeihliches Klima für Innovation dar. Wer Ängste vor dem Neuen und der Vielfalt schürt, setzt Österreichs Chance aufs Spiel, sich als innovationsorientiert und offen zu positionieren.

Wissenschaftlich-technischer Wandel eröffnet Wege in eine nachhaltige Zukunft. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sind zentrale Aufgaben für einen Staat, der den großen Herausforderungen der Zukunft zuversichtlich gegenüberzutreten möchte. Insbesondere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind Kristallisationskerne für die Idee einer besseren Zukunft und deren Gestaltung. Hier findet Grundlagenforschung statt, entstehen technische ebenso wie soziale und geistige Innovationen, auch im Sinne von Firmengründungen aus der Wissenschaft heraus. Hier kommt das Neue in die Welt, aber hier ist auch der Ort, um unterschiedliche Szenarien, Ideen und Optionen abzuwägen sowie die Risiken und Folgen neuer Technologien zu bewerten und zur Debatte zu stellen.

MEHR MITTEL FÜR UMWELT- UND ENERGIEFORSCHUNG SOWIE INNOVATIONSENTWICKLUNG

Es braucht eine deutliche Erhöhung der Forschungsbudgets zur Erreichung der Energiewende und von Klimaneutralität. Zugleich gilt es, neben den erhöhten Forschungsmitteln auch die Marktintegration neuer Technologien und Innovationen voranzutreiben. Ziel ist es, die Präsenz österreichischer Forschungsinstitute und innovativer Unternehmen auf globaler Ebene zu erhöhen, ein forschungsförderndes Umfeld zu schaffen, und durch Technologieentwicklung und intelligente Systemlösungen neue Nachfrage am österreichischen und europäischen Heimmarkt zu stimulieren.

EIN NEUES VERHÄLTNISS VON WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND POLITIK

Die zukünftigen Herausforderungen erfordern ein konstruktives Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Wir wollen den Dialog zwischen Wissenschaft bzw. Wissenschaftler*innen und Politik auf neue Beine stellen, und auch den politikberatenden Aspekt von Forschung verstärken. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung müssen anerkannt und ernst genommen werden. Im sogenannten postfaktischen Zeitalter werden Wissenschaft, Fakten- und Erkenntnisorientierung zunehmend durch populistische Kräfte attackiert oder mit Zynismus bedacht. Wenn Politiker*innen Fakten und Resultate gezielt abwerten oder „alternative“ Fakten präsentieren, steht die Glaubwürdigkeit aller Wissenschaften und damit auch der Politik auf dem Spiel. Initiativen wie der „March for Science“ sind ein Zeichen dafür, dass Wissenschaftler*innen für ihre Unabhängigkeit und ihre öffentliche Wahrnehmung aufstehen. Auf Einladung der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) haben im Dezember 2018 zehn europäische Rektor*innenkonferenzen ein Übereinkommen unterzeichnet, in der die Hochschulvertreter*innen vor Tendenzen zur Beschränkung von Autonomie und Freiheit der Wissenschaften warnen.

Eine verantwortungsvolle, zukunftsorientierte Politik hat den wissenschaftlichen Erkenntnissen des 21. Jahrhunderts in vollem Umfang Rechnung zu tragen, um den ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden. Ethische und gesellschaftliche Folgen von technischen Entwicklungen sind in politischen Entscheidungen zu berücksichtigen und die Folgenabschätzung muss in den politischen bzw. parlamentarischen Entscheidungsprozess eingegliedert werden (Stichwort künstliche Intelligenz, Roboterethik, Bioethik). Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen gegenüber ideologischen Engführungen – wie sie geradezu prototypisch im Bildungsbereich zu beobachten sind und sich negativ auswirken – grundsätzlich politik- und umsetzungsrelevant sein.

